

Für eine zukunftsfähige Energiepolitik

Atomkraft ist keine Lösung

Globale Faktoren für die Energiepolitik

Neben vielen wichtigen Detailfragen werden drei global wirkende Faktoren für die Energiepolitik der nächsten Jahrzehnte bestimmend sein:

1. Der Klimaschutz Die Anreicherung der Atmosphäre mit CO₂ als Folge der Verbrennung fossiler Brennstoffe führte zu den ersten Klimaschutzdiskussionen und -vereinbarungen. Genannt seien hier nur die damit verbundenen Konferenzen und internationalen Vereinbarungen von Rio de Janeiro und Kyoto. Mittlerweile wird immer fraglicher, ob das Ziel, die globale Erderwärmung in diesem Jahrhundert auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, erreicht werden kann. Offensichtlich schreitet die Erderwärmung schneller voran als bisher erwartet.
2. Neun Milliarden Menschen brauchen Energie Die demografische Entwicklung der Weltbevölkerung wird dazu führen, dass die Anzahl der Menschen von derzeit rund 6,5 Milliarden auf etwa 9 Milliarden bis zur Mitte dieses Jahrhunderts ansteigt. Heute haben zwei Milliarden Menschen noch keinen Anschluss an eine Stromversorgung. Eine zukunftsfähige Energiepolitik muss davon ausgehen, dass alle Menschen einen Anspruch auf gerechte Teilhabe an der Nutzung der natürlichen Rohstoffressourcen haben.
3. Das Ende des Ölzeitalters Es wird immer deutlicher, dass die Reichweite der fossilen Energieträger begrenzt ist. Während international anerkannte Experten wie der Ire Colin Campbell und die Ludwig-Bölkow-Systemtechnik davon ausgehen, dass der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung ("peak-oil") bereits erreicht ist, prognostiziert die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, dass die Hälfte des global zur Verfügung stehenden konventionellen Öls in elf Jahren verbraucht sein wird. So oder so: Das Ende des Ölzeitalters ist absehbar. Wenn es nicht zu dramatischen wirtschaftlichen Problemen kommen soll, müssen rechtzeitig Alternativen entwickelt werden.

Doppelstrategie: Effizienz und Erneuerbare

Eine Doppelstrategie, wie sie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit langer Zeit auf allen parlamentarischen politischen Ebenen vertreten wird, trägt den anstehenden Problemen Rechnung.

Zum ersten ist es dringend erforderlich, Energieeinsparung und Energieeffizienz in das Zentrum der Energiepolitik zu rücken. Der Energieverschwendung muss es an den Kragen gehen. Schon heute ist es möglich, 30% der Energie ohne Verlust von Wohlstand und Wirtschaftsleistung einzusparen. Darüber hinaus sind erhebliche Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung unerlässlich, um weitere Effizienzpotenziale zu erschließen.

Die zweite wichtige Aufgabe ist die umfassende Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Nach dem absehbaren Ende des Ölzeitalters sind es ausschließlich die Erneuerbaren Energien, die eine Perspektive für eine gerechte, ökologisch und sozial verträgliche Energieversorgung bieten. Um erneuerbare Energien brauchen keine Kriege geführt zu werden.

Das EEG als Erfolgsmodell GRÜNER Regierungstätigkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den Jahren ihrer Regierungstätigkeit im Bund mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einen Meilenstein für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen. Denn es reichte nicht, erneuerbare Energien nur zu wollen. Wichtig war es, die Instrumente zu schaffen, um einen Ausbau gezielt, kostengünstig und differenziert nach den einzelnen Energietechniken voranzutreiben. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz überzeugt in seiner Wirkung so sehr, dass es weltweit immer mehr Staaten übernehmen.

Oligopole als Ursache für überhöhte Preise und fehlende Innovation

Den Anforderungen an eine zukunftsgerechte Energiepolitik steht die Realität der energiewirtschaftlichen Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber.

Zwar ist es gelungen, mittlerweile 11 % der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien durchzusetzen. Gleichzeitig kontrollieren aber vier Oligopolunternehmen die Stromversorgung und die Netzverteilung in einem für die Verbraucherinnen und Verbraucher und die mittelständische Wirtschaft schädlichen Ausmaß.

Die Monopolstruktur bei Stromnetzen und Gasleitungen sowie die fehlende Transparenz bei der Auslastung der Strom erzeugenden Anlagen und der Übertragungsnetze führen dazu, dass mittelständische Betriebe und Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich überhöhte Preise für Gas und Strom zahlen. Mit den Milliarden Erlösen aus diesen geschützten Geschäftsbereichen gehen die Großunternehmen in Europa auf Einkaufstour, gestützt und gefördert durch Bundes- und Landesregierungen.

Monopole bieten keinen Anreiz für Innovationen. So ist es auch kein Wunder, dass die Forschungs- und Entwicklungshaushalte bei den größten deutschen Stromerzeugern EON und RWE nur Splitteranteile ihres Umsatzes ausmachen. Während die Regierungen der EU auf dem Gipfel von Barcelona im März 2002 vereinbarten, dass die FuE Mittel 3 % des BIP - davon 1 % staatliche Gelder und 2 % Gelder der Wirtschaft - betragen sollten, betragen diese bei RWE in 2003 0,185 % des Umsatzes und bei EON nur 0,15 % des Umsatzes. Das ist bei erheblichem Forschungsbedarf in der Energiewirtschaft und gleichzeitigen Rekordgewinnen der Energiekonzerne nicht hinnehmbar.

Energieprobleme

Heute müssen hohe Öl- und Erdgaspreise dafür herhalten, um Stimmung für einen „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ zu machen. Mit nahezu religiösem Eifer wird zurzeit aus Kreisen der großen Stromversorger und von CDU und FDP für eine Renaissance der Stromerzeugung aus Atomkraft geworben. Doch die Argumente der Atomfreunde tragen nicht. Deutschland ist bei keinem Energieträger so sehr abhängig von Importen wie beim Brennstoff Uran – nämlich zu 100 Prozent. Kein anderer Brennstoff ist so begrenzt verfügbar. Die Reichweite der Vorkommen beträgt 30 bis 40 Jahren. Auch AKWs arbeiten nicht CO₂-frei, sondern erzeugen über die gesamte Produktions- und Entsorgungskette erhebliche CO₂Mengen. Wichtiger aber

noch ist, dass der Beitrag der Atomenergie zur weltweiten Energieversorgung heute bei 2,5 Prozent liegt. Wenn Atomkraft aus Klimaschutzgründen einen deutlich höheren Anteil am weltweiten Energiebedarf abdecken sollte, müssten zusätzlich tausende neuer AKW gebaut werden, allein in Deutschland müssten 50 – 70 neue AKW gebaut werden. Die Ausbaupläne würden schon an den geringen Uranvorräten scheitern. Deshalb bleibt Atomkraft für den Klimaschutz eine Illusion.

Atomkraftwerke sind ein Sicherheitsrisiko und nicht wettbewerbsfähig

Auch 20 Jahre nach Tschernobyl sind AKW-Großunfälle nach wie vor möglich. Die Anschlaggefahr und die Bedrohung durch terroristischen Schmuggel sind sogar gestiegen. Der Streit um das iranische Atomprogramm offenbart, dass es eine klare Trennung von ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft nicht gibt.

Atomkraft ist gefährlich und nicht beherrschbar, sie macht uns abhängiger von knappen Rohstoffen und ist trotz milliardensubventionen nicht wettbewerbsfähig. Längere Laufzeiten sollen allen voran dafür dienen, den Konzernen unliebsame Wettbewerber vom Hals zu halten und weitere Monopolgewinne zu sichern. Es ist geradezu absurd, dass die liberalkonservative Seite, die sonst das Hohelied auf Marktwirtschaft und Wettbewerb singt, ausgerechnet diese Energieform fördern will, die im liberalisierten Energiemarkt am wenigsten wettbewerbsfähig ist.

Atomkraft ist eine Flucht in die Verantwortungslosigkeit

Der unter grüner Regierungsbeteiligung vereinbarte Atomausstieg war und bleibt richtig. Wäre es allein nach den GRÜNEN gegangen, hätten schon weitaus mehr Atomkraftwerke vom Netz gehen und durch Erneuerbare Energien und Energieeinsparung ersetzt werden können.

Keines der eingangs genannten Probleme lässt sich mit Hilfe atomarer Stromerzeugung lösen. In Anbetracht der zwei Milliarden Menschen ohne eigenen Stromzugang bietet die Atomkraft auch keinerlei Lösung für die Energieprobleme weltweit. Sie ist ein Sich-Drücken vor den drängenden energiepolitisch zu lösenden Fragen und - angesichts der auf Tausende von Jahren gestreckten und nach wie vor

ungelösten Folgeprobleme dieser Technologie eine Flucht in die Verantwortungslosigkeit.

Der Staat muss die Kontrolle über die nukleare Technologiekette behalten

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: So wie es beim Wettbewerb auf den Energiemärkten einen starken regulierenden Staat geben muss, so muss es gerade bei der Atomenergie der Staat sein, der im Interesse der Bürgerinnen und Bürger jederzeit die Kontrolle über alle Schritte der nuklearen Technologiekette behält und die größtmögliche Sicherheit von den Betreibern einfordert und gewährleistet. Es wäre falsch, den auf Rendite orientierten Unternehmen die Aufgabe zur Kontrolle über die Sicherheitsstandards von Kraftwerken, Zwischen- und Endlagern, die Ausgestaltung der Sicherheitsstandards dieser Anlagen oder die Suche nach einem Endlager zu übertragen. Gerade in der Frage Endlagerung, wo radioaktive Abfälle für einen Zeitraum von mehreren hunderttausend Jahren sicher gelagert sein müssen, ist es notwendig, dass der Staat - auch aus Gründen der Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern - den Standortsuchprozess offen und transparent, unabhängig von den Einzelinteressen der Energieversorgungsunternehmen, durchführt. Diese Aufgabe kann nicht den Betreibern der Nukleareinrichtungen überlassen werden!

Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau

Der Betrieb der Uranreicherungsanlage Gronau widerspricht dem Geist des Atomausstiegs. Wir fordern den Ausstieg aus der Anreicherung und die Stilllegung der Anlage. Genehmigung und Kontrolle muss lückenlos in den Rahmen der Atomgesetzgebung überführt werden. Das gilt besonders vor dem Hintergrund des ungeklärten Verbleibs eines Teils des abgereicherten Urans, das regelmäßig von Gronau nach Russland transportiert wird. Durch diese Russlandtransporte setzt die URENCO die Bevölkerung einem hohen Risiko aus. In unseren Augen stellen sie einen unverantwortlichen und unzulässigen Export von Atommüll nach Russland dar.

Kein Atommüll nach Ahaus

Durch die im Atomkonsens vereinbarte Politik der dezentralen Zwischenlagerung des Atommülls an den Kraftwerksstandorten Atomkonsens hat sich die Anzahl der Castortransporte nach Ahaus verringert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen weitere Castortransporte nach Ahaus ab. Gerade der letzte Castortransport aus dem sächsischen Rossendorf hat gezeigt, dass diese Transporte überflüssig und teuer sind. Überflüssiger Transporte müssen vermieden werden. Es darf kein hochradioaktiver Atommüll aus Garching und anderen Anlagen nach Ahaus gebracht. Deshalb fordern wir die bayrische Landesregierung auf, aus der Forschung mit hochangereicherterem Uran (HEU) auszusteigen. Das Zwischenlager in Ahaus muss nachträglich sicherheitstechnisch überprüft werden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Gefahrenpotenzials von gezielt herbeigeführten Flugzeugabstürzen.

GRÜNE Energiepolitik: Erneuerbare und Effizienz, Wettbewerb und Dezentralität, Transparenz und Pluralität

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für eine Energiepolitik, die erneuerbar, effizient und dezentral ist, die auf Wettbewerb, Transparenz und viele Akteure setzt. Unsere wichtigsten Bündnispartner im Einsatz für eine zukunftsfähige Energiepolitik sind neben informierten Verbraucherinnen und Verbrauchern mittelständische Unternehmen der Energieerzeugung und Verteilung - allen voran die Stadtwerke, die unter ideologisch motivierter Energiepolitik der neuen Landesregierung leiden müssen. Sie spielt mit ihrer Politik einzig und allein den "Großen Vier" in die Hände. Ohne mehr Wettbewerb mehr Einsparung und mehr Erneuerbare Energien sind faire Preise, der Schutz des Klimas und ein hohes Maß an Versorgungssicherheit nicht zu erreichen.